

Beschluss des 37. Landesjugendkongress vom 2. bis 4. Oktober 2015 in Würzburg

Refugees Welcome - sofortiger Zugang zu Bildung und Arbeit für Asylsuchende

Auf der Welt sind aktuell mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Nur ein Bruchteil dieser erreicht Europa. In diesen Wochen sind die hier ankommenden Geflüchteten jedoch das Thema, das in Europa die Nachrichten dominiert. Erschreckenderweise steigen in den letzten Tagen immer mehr Länder in eine Politik der Abschreckung und Abschottung ein. Flüchtenden stehen keine sicheren Fluchtwege zur Verfügung und eine Flucht nach Europa wird derzeit immer mehr erschwert. Trotzdem gelingt weiterhin täglich tausenden Geflüchteten die Flucht nach Europa, Deutschland und auch Bayern.

Europa kann diese Herausforderung meistern und den Schutzsuchenden helfen. Es gibt jedoch neben engagierten Menschen, die die Geflüchteten willkommen heißen und in Helfer*innenkreisen Tag für Tag wichtige Arbeit leisten, auch eine ganz andere Seite: Mit populistischen Parolen wird ein „unaufhaltsamer Flüchtlingsstrom“ und „massenhafter Asylmissbrauch“ oder die „Einwanderung in Sozialsysteme“ beschworen und diffuse Ängste werden geschürt. Entsolidarisierung und Hass sind die Folge und enden nicht selten in Gewalt gegen Asylsuchende oder deren Unterkünfte.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher alle Politiker*innen auf, verantwortungsvoll zu handeln, zu sprechen und Solidarität zu zeigen. Wir verurteilen das Schüren von Ressentiments gegen Geflüchtete zu schärfst und fordern gesamtgesellschaftlich eine aktive Haltung, die Menschenfeindlichkeit und Rassismus benennt und gegen dieses Gedankengut entschlossen aufsteht.

Wir wollen ein offenes, buntes und solidarisches Europa ohne Grenzkontrollen und fordern legale Fluchtwege.

Um das bayerische Bildungssystem fit für die Zukunft zu machen, fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die Umsetzung folgender Maßnahmen:

Sofortige Aufnahme in das Bildungssystem

Alle Geflüchteten müssen nach ihrer Registrierung sofort vollumfänglichen Zugang zu vorschulischer Betreuung bzw. schulischer oder beruflicher Bildung erhalten. Hierfür müssen mindestens 1000 Lehrer*innen, Pädagog*innen, Psycholog*innen und Sozialarbeiter*innen neu angestellt werden.

Die Verweigerung mancher Bundesländer, minderjährigen Geflüchteten die Chance auf einen Platz im Bildungssystem zu sichern, verurteilt die GRÜNE JUGEND Bayern scharf. Alle Bundesländer sollen die Schulpflicht ohne Begrenzungen auf minderjährige Asylsuchende und Kinder ohne Aufenthaltstitel ausweiten.

Bleiberecht für Asylsuchende in Berufsausbildung

Wir fordern die bayerische Staatsregierung auf sich auf Bundesebene für eine rechtssichere Bleiberechtsregelung für Geflüchtete während einer Berufsausbildung und einer anschließenden Berufsphase stark zu machen. Nach absolvierter Ausbildung sollen die Menschen eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhalten und ein Recht auf die deutsche Staatsbürgerschaft. Kurzfristig muss eine Landesverordnung schnellstmöglich erlassen werden.

Beschluss des 37. Landesjugendkongress vom 2. bis 4. Oktober 2015 in Würzburg

Uneingeschränkte Arbeitsberechtigung für Asylsuchende

Allgemein fordert die GRÜNE JUGEND Bayern eine Arbeitsberechtigung für alle Asylsuchenden. Nur durch eine solche kann langfristig ein menschenwürdiges Zusammenleben in den Unterkünften und eine funktionierende Integration ab dem ersten Monat erreicht werden. Asylsuchende sind in der Regel extrem motiviert, zu arbeiten, sich eine Existenz in Deutschland aufzubauen und in Deutschland Arbeitserfahrung zu gewinnen. Durch, auch in wirtschaftlicher Hinsicht, unsinnige Restriktionen bei der Vergabe von Arbeitsberechtigungen, werden Geflüchtete gezielt zermürbt und haben später schlechtere Chancen auf ein geregelteres Arbeitsleben.

Die Vorrangprüfung der Asylsuchende, die sich für einen Job bewerben, unterzogen werden, dient der Diskriminierung und Abschreckung. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher, diese Vorrangprüfung abzuschaffen und somit Geflüchteten, die in Deutschland eine Arbeitsstelle suchen, die selben Chancen zu bieten wie gleich qualifizierten Deutschen.

Anzahl der Unterkünfte unverzüglich ausbauen - Alternativen zu Jugendbildungsstätten als Unterkünfte schaffen

Weiter spricht sich die GRÜNE JUGEND Bayern gegen ein Ausspielen von Interessensgruppen aus. Jugendbildungsstätten sollen nicht als Asylunterkunft verwendet werden, allerdings soll und muss die Zusammenarbeit zwischen Jugendbildungsstätten und dem Land im Bereich unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter ausgebaut werden. Auch die Unterbringung Geflüchteter in Turnhallen darf nur im Notfall erfolgen und eine Dauer von drei Tagen nicht überschreiten. Sowohl Notunterkünfte, als auch Erstaufnahmeeinrichtungen sowie dezentraler Wohnraum müssen unverzüglich noch vor Einbruch des Winters massiv ausgebaut werden.

Ehrenamtliches Engagement unterstützen - nicht ausnützen

Oft werden Deutschkurse von Ehrenamtlichen angeboten und nicht von staatlicher Seite. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher, nicht nur anerkannten Geflüchteten das Recht auf einen Deutschkurs zu gewähren, sondern auch allen anderen. Außerdem muss das Angebot dieser Kurse enorm ausgebaut werden. Die Kosten dafür dürfen nicht die Geflüchteten selbst tragen müssen, sondern sollen aus staatlichen Mitteln finanziert werden. Auch muss eine kostenlose Anbindung zu den Kursen gewährleistet sein.

Die GRÜNE JUGEND Bayern dankt allen ehrenamtlich tätigen Menschen. Ohne das Engagement zahlreicher Freiwilliger wäre schnelle und unbürokratische Hilfe an vielen Stellen nicht möglich. Doch darf ehrenamtliche Arbeit staatliche vollumfängliche Bildungsangebote nicht ersetzen. Ehrenamtliches Engagement muss vom Freistaat Bayern durch die Schaffung von mindestens einer Vollzeitstelle je Landkreis unterstützt und koordiniert werden.

Besonderer Schutz für queere Geflüchtete

Gerade homo-, bi- oder transsexuelle Geflüchtete leiden nicht nur in ihrem Herkunftsland unter Diskriminierung, sondern häufig auch in den Unterkünften in Deutschland. Um ihnen besonderen Schutz zu bieten, fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, dass queere Geflüchtete zum Einen spezielle

Beschluss des 37. Landesjugendkongress vom 2. bis 4. Oktober 2015 in Würzburg

Ansprechpersonen, sowie auch - wenn notwendig und von ihnen gewünscht - Zimmer zusammen mit anderen queeren Menschen oder eine vollständig separierte Unterkunft, in der ein Schutzraum geboten ist.

Zugang zu Hochschulen und Wissenschaft fördern

Viele Geflüchtete, die nach Deutschland kommen, sind junge Menschen mit der Hoffnung sich hier eine neue Existenz aufbauen zu können. Etliche haben in ihren Herkunftsländern einen Schulabschluss gemacht oder ein Studium begonnen. Daher ist es wichtig, diesen Menschen auch einen schnellen und unbürokratischen Zugang zu den Hochschulen in Bayern zu gewähren. Der Freistaat darf sich hier nicht hinter unnötigen Nachweisverfahren von Qualifikationen verstecken. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher die Staatsregierung auf, ein Sonderprogramm zur Vorbereitung auf den Hochschulbesuch aufzulegen, das Geflüchtete mit gefestigten Deutschkenntnissen in einer Art Vorstudium im Zeitrahmen von einem halben bis einem Jahr auf das reguläre Studium vorbereitet. An den Hochschulen sollen flächendeckend Beratungsstellen für Menschen mit Migrationshintergrund entstehen, um diese auch während des Studiums zu unterstützen. Außerdem muss der Nachweis bisheriger wissenschaftlicher Arbeit von staatlicher Seite deutlich vereinfacht werden. Wir fordern, dass auch Abschlüsse aus Staaten außerhalb Europas vollumfänglich anerkannt werden und ein schneller Wiedereinstieg in das wissenschaftliche Arbeiten ermöglicht wird. Auch das Erlangen von Zertifikaten für Fremdsprachenkenntnisse - insbesondere Deutsch - soll barriereärmer werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen das kostenlose Erlangen dieser Nachweise, da sie sowohl für ein Studium als auch für den Alltag vonnöten sind.